An American Newspaper which stands for American ideals and principles—published in the German language for American citizens who read German

Tägliche Omaha Tribüne

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 364), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 6, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLESON, POSTMASTER-GENERAL

36. Jahrgang. Omaha, Nebr., Samstag, den 20. März 1920 8 Seiten—No. 6

Nebraska State Historical Society

Industriedistrikte in Händen Radikaler

Blutige Kämpfe in Essen und Leipzig; entsetzliche Szenen vor dem Adlon Hotel in Berlin; Truppen in Hamburg entwaffnet

Demokraten und Zentrum vertrauen Noske

Berlin, 20. März. (Von Carl D. Groat, Korrespondent der United Preß.) In mehreren Teilen Deutschlands sind infolge der Versuche der Radikalen, Sovietregierungen einzusetzen, schwere Unruhen ausgebrochen. Truppen mit Maschinengewehren, Artillerie und Flammenwerfern befinden sich auf dem Wege nach Essen; Westfalen soll sich fast ganz und gar in Händen der Radikalen befinden. Auch sollen sie die Kontrolle in Bitterfeld, Langensalza und Meiningen an sich gerissen haben. Die Lage ist ernst. Zusammenstöße zwischen Truppen und Radikalen in Münster, Bremen, mehreren Städten Thüringens und Mecklenburgs stehen zu erwarten.

Die Radikalen verlangen, daß ihnen in der Regierung größere Vertretung eingeräumt wird. Die Ebert Regierung ist nunmehr in Berlin eingetroffen, und Gustav Noske hat wieder den Befehl über die Sicherheitspolizei und Reichswehrtruppen übernommen.

In Berlin haben die unabhängigen Sozialisten die sofortige Entwaffnung und Auflösung der regulären Truppen gefordert. Es war unmöglich, sich mit den Vorstädten Berlins in Verbindung zu setzen; Zweiradfahrer jedoch, die durch die Vorstädte kamen, sagen, daß mehrere Trucks, auf welchen sich Kapp-Truppen befanden, von Radikalen umzingelt, gefangen genommen und massakriert wurden. Die Zahl der Toten soll sich auf zwischen 50 und 100 belaufen; diejenige der Verwundeten auf 200. Bei den gestrigen Straßenkämpfen in Berlin sollen viele erschlagen worden sein.

Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß Ebert in Begleitung von Philipp Scheidemann, Führer der Mehrheitssozialisten, unerkannt in Berlin eintrafen. Es heißt, daß Scheidemann mit der Neubildung des Kabinetts betraut werden wird.

Das Adlon Hotel, Hauptquartier der auswärtigen Missionen und Wohnung der amerikanischen Korrespondenten, hat das Aussehen eines Feldhospitals. Die Wände der unteren Korridore sind mit Blut bespritzt. Als die baltischen Truppen das Hotel passierten, wurden sie von der sich vor demselben angesammelten Menschenmenge verhöhnt. Anfänglich gaben die Soldaten mehrere Schreckschüsse ab, plötzlich aber feuerten sie blindlings in die Menge.

Korrespondenten, amerikanische Beamte und mehrere amerikanische Frauen beobachteten die Kämpfe von ihren Fenstern aus. Sie sahen, wie Soldaten aus Reih und Glied traten und Personen auf dem Seitenwege niederschossen. Andere Mannschaften feuerten in die fliehende Menge. Tote und Verwundete lagen auf den Straßen umher. Die Schlächterei dauerte etwa drei Minuten. Mehrere Amerikanerinnen waren Zeuge des ganzen Vorfalls und eilten zu dem unteren Stockwerk herab, um sich der Verwundeten anzunehmen.

Regierungstruppen marschierten gegen 4:30 in die Stadt ein.

Berlin lebt heute in Angst, daß die baltischen Truppen zurückkehren können. Es heißt, daß sie sich einer Entwaffnung widersetzen würden; sie wollen dem Befehl Noskes, sich kompagnieweise aufzulösen um nach andern Teilen des Reichs verlegt zu werden, trotzen.

Vizekanzler Schiffer hat eine Proklamation erlassen, in welcher das Volk gewarnt wird, daß die Lage immer noch sehr ernst ist.

Bei den Kämpfen am gestrigen Abend wurden 12 Personen getötet und 20 verwundet. Soldaten wurden von der wütenden Volksmenge in den Kanal geworfen.

Eine Kommission aus Mehrheitssozialisten und Arbeiterverbänden bestehend, hat eine Erklärung erlassen, in welcher auf schwere Bestrafung der Revolutionäre gedrungen wird.

Reguläre Truppen der Ebert-Regierung, die den Auftrag erhielten, Barrikaden im südöstlichen Stadtteil zu sprengen, führten die Arbeit in so ungeschickter Weise aus, daß die Explosion zu früh erfolgte und 12 Personen getötet und 28 verletzt wurden.

Regierungstruppen in Leipzig.

London, 20. März.—Regierungstruppen sind in Leipzig eingezogen und liegen mit den Radikalen im Kampf. Flieger bombardierten die öffentlichen Gebäude, um die Radikalen, die sich in denselben festgesetzt haben, zu vertreiben. Mehrere hundert Personen sollen getötet worden sein. So meldet eine Berliner Depesche an die Exchange Telegraph Company.

Truppen in Hamburg entwaffnet.

Hamburg, 20. März.—Regierungstruppen wurden hier ohne Blutvergießen entwaffnet, und die Kreuzer Schwarzburg, Regensburg und Wittelsbach haben die weiße Flagge gehißt. Der Kapitän der Wittelsbach beging Selbstmord. In Hamburg werden Pamphlete verteilt, worin die unabhängigen Sozialisten sich dagegen verwahren, eine Sovietrepublik ausrufen zu wollen. In Schleswig, der Hauptstadt von Schleswig-Holstein, sind Straßenkämpfe zu verzeichnen.

Berlin ohne Zeitungen.

Berlin, 20. März.—Ein Gefühl der Unsicherheit ist durch das Nichterscheinen der Zeitungen entstanden. Die Folge war, daß die wildesten Gerüchte die Stadt durchschwirrten. Die Postbeamten und Bahnangestellten in Berlin befanden sich gestern noch am Streik, und die Angestellten der Telephon- und Telegraphenämter drohen mit einem Ausstand.

Noske bleibt.

Kopenhagen, 20. März.—Eine halbamtliche Depesche aus Stuttgart gibt zuverlässige Quelle an, welchen gemäß Gustav Noske nicht als Reichswehrminister resigniert hat. Bei einer Versammlung der Führer der Sozialdemokraten wurde beschlossen, ihn zu ersuchen, auf dem Posten zu bleiben. Auch haben die Zentrums- und die demokratische Partei ihm ein Vertrauensvotum ausgestellt.

Radikale gewinnen an Anhang.

Berlin, 20. März.—Nach schweren Kämpfen, bei welchen angeblich 300 Personen gefallen sein sollen, haben bewaffnete Arbeiter sich in Besitz der Fabrikstadt Essen gesetzt. Es verlautet ferner, daß die Radikalen in fünf Ortschaften östlich von Berlin fünf Bahnhöfe besetzt haben; Truppen sind eiligst dorthin geschickt worden, um die Bolschewiki zu vertreiben.

In Sachsen und einem Teil Thüringens haben die Radikalen große Stärke entfaltet. Einem gestern in Chemnitz abgehaltenen Arbeiterrat wohnten 400 Delegaten bei. Mit allen gegen 2 Stimmen wurden Resolutionen angenommen, laut welchen folgende Forderungen aufgestellt wurden: Entwaffnung und Auflösung der Armee, der Sicherheitswachen und der Freiwilligen; Bildung von Arbeitergarden unter Befehl der Arbeiterräte; Organisation von Revolutions- Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Räte; Einberufung eines Zentral Sovietkongresses; Errichtung eines Revolutionsgerichts, um Kapp, Luttwitz und andere Führer der Gegenrevolution zu prozessieren; Entlassung aller politischen Gefangenen; Bezahlung für die Zeit, die infolge des Streiks verloren geht.

Die Lage in Kiel soll sehr ernst sein; bisher unbestätigten Berichten zufolge, sollen bei dortigen Aufständen 1000 Personen umgekommen sein. In Plauen und Chemnitz sind Soviet-Republiken erklärt worden. In Leipzig soll es zwischen Radikalen und den Bürgerparteien zu einem Ausgleich gekommen sein. Später aber wurde dasselbe von den Radikalen als gelöst betrachtet, und die Unruhen haben von neuem begonnen. In Bochum, Dortmund und Gelsenkirchen beherrschen die Radikalen die Situation, sind aber in Solingen und Elberfeld unterlegen.

Baltische Truppen graben sich ein.

Stuttgart, 20. März.—Die aus Berlin abgezogenen baltischen Truppen haben sich in dem Zoologischen Garten Charlottenburgs eingegraben.

Bei den Kämpfen am Brandenburger Tor sollen 100 Personen gefallen sein. Der Speisesaal des Adlon Hotels ist durch Maschinengewehrfeuer vollständig zerstört worden. Die Gäste, darunter mehrere Amerikaner, verbarrikadierten sich in ihren Zimmern, da sie fürchteten, daß Plünderungsversuche gemacht werden würden. Die meisten gingen hungrig zu Bett.

Unruhen in neutraler Zone.

London, 20. März.—Privatnachrichten aus Paris besagen, daß die Ebert Regierung die Alliierten um die Erlaubnis ersucht habe, deutsche Truppen nach der neutralen Zone zu senden, um dort die Ordnung wieder herzustellen. Es wird nicht gemeldet, wie sich die Alliierten zu diesem Gesuch stellen werden.

Ver. Staaten treten für Deutschland ein

Protestieren gegen Beschlagnahme deutschen Eigentums in neutralen Ländern.

Washington, 20. März.—„Energische Vorstellungen" sind von der amerikanischen Regierung gegen die Entscheidung der Entschädigungskommission der Alliierten erhoben worden, wonach unter dem Friedensvertrag gewisses deutsches Eigentum in neutralen Ländern im Notfalle zur Bezahlung der ersten deutschen Kriegskostenzahlung verkauft werden kann. Unterstaatssekretär Polk hat Versicherung gegeben, daß ein weiterer Protest in Vorbereitung sei, da eine solche Auffassung des Friedensvertrages einem amtlichen Uebereinkommen zwischen den Alliierten und Deutschland zuwiderlaufe.

Polks Erklärung wurde veranlaßt durch eine Anfrage des Senators Henderson, Nevada, über Gerüchte, daß Großbritannien verlangt habe, das Eigentum und die Rechte Deutscher in südamerikanischen Unternehmungen, namentlich elektrischen Anlagen, sollten von der Entschädigungskommission beschlagnahmt und an Großbritannien ausgeliefert werden, um die fälligen deutschen Kriegskosten zu decken. Der Unterstaatssekretär erklärte, von diesem speziellen Fall keine Kenntnis zu haben, doch wäre das Staatsamt benachrichtigt worden, daß die Alliierten eine Konstruktion des Artikels 235 angenommen hätten, welche sie ermächtige, die Zahlung der 20,000,000,000 Mark in Gold, Schiffen und anderen der Entschädigungskommission wünschenswerten Waren zu verlangen, und daß in der Ausübung solcher Befugnisse die Kommission das Recht habe, deutsches Eigentum in neutralen Lnädern zu verkaufen. Obgleich durch die Nichtratifikation des Vertrags an einer Einmischung gehindert, habe die Regierung doch gegen diese Auffassung „energische Vorstellungen" erhoben.

Deutsche Schiffe sind zu versenken

Washington, 20. März.—Jene fünf deutschen Kriegsschiffe, welche von der Friedenskonferenz den Ver. Staaten zugesprochen wurden, (ein Schlachtschiff, in Kreuzer und drei Zerstörer), werden im Laufe des nächsten Monats nach amerikanischen Gewässern gebracht werden. So meldet das Marineamt. Diese Schiffe müssen unter den Bestimmungen des Obersten Rats innerhalb eines Jahres nach deren hiesigem Eintreffen zerstört werden. Der Kreuzer Frankfurt und drei Zerstörer werden von drei Minenfegern ins Schlepptau genommen und über den Ozean befördert werden. Das Schlachtschiff ist die „Ostfriesland", 22,400 Tonnen groß und im Jahre 1911 gebaut.

Das Hilfswerk der Lutheraner

Chicago, 20. März.—Beamte des lutherischen Nationalrats traten gestern zusammen, um Pläne für das Hilfswerk in Europa zu vollenden. Zweihundert Delegaten, welche zwei Millionen amerikanischer Lutheraner vertreten, beteiligten sich an der Versammlung. Beamten zufolge wird das Hilfsprogramm eine Aufwendung von mehr als $2,000,000 vorsehen.

Erzbischof Patrick J. Hayes, der die Angriffe des Wasserapostels Anderson von der Anti-Saloon Liga in New York auf die römisch-katholische Kirche, zurückwies. Er charakterisiert Anderson als „eine unheilvolle Figur in der amerikanischen Politik, die sich erniedrigt, die Rolle eines Brauers der Bigotterie zu spielen".

Verlangt: Passende Gouverneurs-Kandidaten

Lincoln, Nebr., 20. März.—Die größte Aufregung herrscht unter den Führern beider Parteien wegen Mangels an geeigneten Gouverneurskandidaten. Heute mittag läuft die Zeit ab, in welcher sich Kandidaten anmelden können und bis heute morgen suchten die Führer beider Parteien noch nach geeigneten Männern, die sich um die Ehre des höchsten Staatsamtes bewerben würden.

Wie ein Blitz aus heiterm Himmel wirkte Freitag die Nachricht, daß Ex-Gouverneur John Morehead von Falls City sich bestimmt geweigert habe, als demokratischer Kandidat aufzutreten. Zwar hatten sich Ex-Sprecher Jackson und Ex-Senator Shumway für die Nomination gemeldet, doch schienen beide den Führern unpassend und man sprach davon, Ex-Staatssekretär Pool, Senator Robinson, Abgeordneter Donahue aus Holt County und einem Herrn Clarke aus Stella, in den Vordergrund zu bringen. Wer der Bevorzugte sein wird, muß sich heute mittag um 1 Uhr zeigen. Es herrschte Freitag nacht eine wahre Bestürzung unter den Führern.

Die Republikaner waren ebenfalls in einer Klemme. Sie haben zwar genug Kandidaten, aber auch diese passen den Führern nicht. Die bisher angemeldeten Kandidaten waren Gouverneur McKelvie, von dem sich die Führer ganz und gar abgewandt haben, und die Herren Pollard, McMullen, McLaughlin und Hall. Unter dem Vorsitz von Myron Learned, Präsident des republikanischen Staats-Zentralkomitees, fanden am Freitag den ganzen Tag Sitzungen statt, um diese Kandidaten zu veranlassen, sich auf einen Mann aus ihrer Mitte zu einigen. Es wurde aber keine Einigung erzielt, weil jeder nach der Ehre strebte.

Schließlich schlug Herr Learned Herrn Weaver, den Vorsitzer der jetzigen Verfassungskonvention, als Gouverneurskandidat vor, doch wollte Herr Weaver nicht zusagen. Vielleicht läßt er sich bis heute noch dazu breit schlagen.

Die Lage in beiden Parteien war für Leute, die hinter die Koulissen sehen konnten, ebenso interessant wie amüsant und bot ein Bild, das in politischen Kreisen des Staates noch nicht dagewesen.

Deportierte befinden sich in bitterer Not

Moskau, 20. März.—Viele Radikale, welche auf dem Dampfer Buford aus den Ver. Staaten deportiert worden sind, hatten seit ihrer Ankunft in Rußland Entbehrungen zu erdulden. Sie vermochten ihre Verwandten nicht aufzufinden und konnten bisher keine Beschäftigung erlangen. Alexander Berkman und Emma Goldman, die Führer der Deportierten, suchen jetzt eine Organisation zu gründen, welche in Not befindlichen Mitgliedern der Gesellschaft Beschäftigung gibt und bis auf Weiteres für sie sorgt. Der Sitz dieser Organisation wird in Petrograd errichtet, mit einer Zweigstelle in Moskau. Nach den Plänen sollen die Möglichkeiten, welche die Organisation bietet, allen aus den Ver. Staaten Deportierten zugute kommen.

Deutschland's chemische Industrie

Englischer Gelehrter erklärt, die Deutschen sind Briten in höherer Chemie überlegen.

London, 12. März.—In einem Vortrag über „Chemie und Krieg" äußerte sich Professor Francis, der Dekan der chemischen Fakultät der Universität Bristol, daß in der höheren Chemie Deutschland unermeßlich überlegen sei. Die Ammoniak-Produktion Europas hängt ganz von Deutschland ab, wie er sagt, das ganz Europa mit künstlichen Düngemitteln versorgen kann.

„Die Sicherstellung unseres Reiches hängt davon ab, eine Industrie, wie Deutschland eine hat, zu begründen. Die Kostenanschläge dürften dabei nicht in Betracht kommen.

„Das beunruhigendste Resultat des Krieges ist die neue „chemische Waffe" —; dieselbe ist ein Fortschritt, der sich etwa so verhält, wie die moderne Feuerwaffe zu Pfeil und Bogen. Die Nation, der es gelingen sollte, Nebel für eine beliebige Zeitdauer zu erzeugen, könnte einen Druck auf die ganze übrige Menschheit ausüben.

„Deutschland befindet sich gegenwärtig in besserer Lage, als vor dem Krieg. Es wird das Leben einer ganzen Generation erfordern, bis wir imstande sind, die Ueberlegenheit der deutschen Industrie einzuholen."

Bryan sucht weder Ehre noch Amt

New York, 20. März.—Bei dem Festessen, das Freunde und Bewunderer W. J. Bryans zu Ehren seines 60. Geburtstages im Aldine Hotel für den „Commoner" arrangiert hatten, erklärte Bryan, daß er nicht in die Politik eingetreten sei der Ehren und Aemter wegen, sondern um seine Dankesschuld gegen das amerikanische Volk nach Kräften abzutragen. In seiner Rede über den „Krieg gegen den Damm" verglich er den Lauf der Zivilisation mit einem gewaltigen Strom, der keine Hindernisse dulde und rechnete die Hindernisse auf, die während seiner Tätigkeit entfernt worden sind und solche, die man noch entfernen müsse. Zu den letzteren rechnete er die Profitgeier, die Privatmonopole, die Gegner der ausreichenden Arbeiterlöhne und des Fortschritts der Farmer und die veralteten Regeln im Senat der Ver. Staaten, wo die Majorität unbedingt herrschen solle. Er empfahl drei Heilmittel als die wirkungsvollsten: „Redefreiheit", die „Versorgung des Volkes mit unbestechlichen Nachrichtenquellen" und den „Glauben an die Intelligenz und die Tüchtigkeit des Volkes." Er weigerte sich, „die Möglichkeit einer Revolution in den Vereinigten Staaten" zuzugeben.

Kronprinz soll sich der Politik enthalten

Im Haag, 20. März.—Gerüchtweise verlautet, daß der frühere Kronprinz Friedrich Wilhelm aufgefordert worden ist, seinem Vater das Versprechen zu geben, daß er sich nicht in die deutsche Politik einmischen und sich zu einer definitiven Internierung bequemen wolle. Generalsekretär Kan von der holländischen Regierung begab sich heute nach Wieringen und konferierte mit dem Ex-Kronprinzen und dem Bürgermeister Pereboom. Die anti-militaristischen und anrchistischen Vereinigungen in Holland haben für den 20. März eine Protestdemonstration gegen den Aufenthalt der Hohenzollern in Holland beschlossen.

Britische Kaufleute kommen hierher

New York, 20. März. — Binnen kurzem werden 22 britische Kaufleute, welche große Departement Stores in Großbritannien vertreten, hier landen, um amerikanische Methoden in der Geschäftsführung hiesiger Departement Stores zu studieren. Diese Kaufleute werden Gäste der National Retail Dry Goods Association sein; sie werden die Großstädte des Landes bereisen, wie New York, Pittsburg, Dayton, Cincinnati, Cleveland, Toledo, Chicago, St. Louis, das Yosemite Tal, San Francisco, Portland, Seattle, Salt Lake City, Colorado Springs, Denver, Omaha, Milwaukee, Detroit, Buffalo und Boston. Außerdem werden sie Abstecher nach Washington und Baltimore machen.

Friedensvertrag vom Senat abgelehnt

Das Dokument wird dem Präsidenten zurückgeschickt; wahrscheinlich wird das Volk über Annahme oder Ablehnung entscheiden

Knox-Resolution wird Montag erörtert werden

Geschichte des Friedensvertrags.

28. Juni 1919—Unterzeichnung des Vertrags zu Versailles.

10. Juli 1919—Präsident Wilson unterbreitet den Vertrag dem Senat.

19. November 1919—Verwerfung des Vertrags durch den Senat mit 41 gegen 51 Stimmen.

19. Februar 1920—Wiederaufnahme der Verhandlungen im Senat.

18. März 1920—Die revidierten Einwände des Senators Lodge werden angenommen.

19. März 1920—Schluß-Abstimmung über die Ratifikation, die mit der Ablehnung des Vertrags endete.

Washington, 20. März. — Das weitere Schicksal des Friedensvertrages ist jetzt dem Präsidenten anheimgestellt. Der Senat hat gestern Abend die Ratifikation des Vertrags mit 49 gegen 35 Stimmen abgelehnt und dann mit 47 gegen 37 Stimmen beschlossen, das Dokument an den Präsidenten zurückzusenden mit dem Vermerk, daß der Vertrag nicht ratifiziert werden könne.

Die brennende Frage ist jetzt, was der Präsident mit dem Vertrage tun wird. Er kann ihn an den Senat zurücksenden. Für diesen Fall erklären die republikanischen und demokratischen Führer, daß der Vertrag nicht in Angriff genommen wird, ehe die Frage in der Wahlkampagne ausgefochten ist. Er kann die Frage dem amerikanischen Volke in einem „würdigen Referendum", wie es in seinem Schreiben zum Jacksontage angedeutet wurde, vorlegen und zu einer Wahlfrage des Jahres 1920 machen. Er kann den Vertrag fallen lassen und mit Deutschland Verhandlungen zur Wiederherstellung des Friedens einleiten.

Im Senat herrscht die Ansicht vor, daß er den zweiten Weg einschlagen und die demokratische Partei auffordern wird, den Vertrag zur Hauptwahlfrage zu erheben. Was Wilson auch tun mag, so läßt sich die Wahrscheinlichkeit nicht abweisen, daß das Land einem neuen Sturm von Vertragsrednerei entgegensieht.

Borah, Reed, Johnson und Poindexter suchen jetzt dem Präsidenten vorzukommen und, nachdem sie den Vertrag im Senat abgeschlachtet haben, in einer Redetour das Ohr des Volkes gegen den Vertrag zu gewinnen, ehe Wilson sich dessen versichern kann.

In der demokratischen Partei steht Bryan der Haltung Wilson's gegen die Vorbehalte zum Vertrag feindlich gegenüber. Den Kampf zwischen beiden Faktionen kann die demokratische Nationalkonvention dieses Jahr zu einer denkwürdigen Angelegenheit machen.

In der G. O. P. bewirbt sich Johnson auf einer Anti-Vertrag und Anti-Liga Platform um die Präsidentenwürde, während Lodge, Taft, Hays, Root und andere Führer für einen Vertrag mit Vorbehalten eintreten. Die Konvention in Chicago wird den Kampf zwischen beiden Parteien entscheiden.

Die Schlußabstimmung.

Die Sitzung des Senats, die den Vertrag endlich und, nach der Meinung vieler Senatoren, endgültig in die Kampagne warf, war größtenteils einem Aufwand von Beredsamkeit gewidmet, bei dem die politischen Aussichten keineswegs übersehen wurden. Bei der Stimmenzählung stellte sich heraus, daß dem Vertrage 7 Stimmen an der nötigen Zweidrittelmehrheit fehlten.

Von den Demokraten verließen 21 ihren Führer und stimmten mit den „nullifizierenden" Einwändlern. Dies sind 14 mehr, als am 19. November 1919 für das republikanische Programm stimmten. In der Schlußabstimmung verteilten sich die Stimmen wie folgt:

Für die Resolution:

Republikaner—Ball, Calder, Capper, Colt, Curtis, Dillingham, Edge, Elkins, Frelinghuysen, Hale, Jones (Wash.), Kellogg, Kenyon, Keyes, Lenroot, Lodge, McLean, McNary, New, Page, Phipps, Smoot, Spencer, Sterling, Sutherland, Wadsworth, Warren, Watson.—28.

Demokraten—Ashurst, Beckham, Chamberlain, Fletcher, Gore, Henderson, Kendrick, King, Myers, Nugent, Owen, Phelan, Pittman, Pomerene, Ransdell, Smith (Georgia), Smith (Maryland), Trammel, Walsh (Massachusetts), Walsh (Montana), Walcott.—21.

Total für die Ratifikation—49.

Gegen die Resolution:

Republikaner—Borah, Brandegee, Herrald, France, Gronna, Johnson (California), Knox, LaFollette, [illegible] Moses, Norris und Sherman.—12.

Demokraten—Comer, Culberson, Dial, Gay, Glass, Harris, Harrison, Hitchcock, Johnson (Süd-Dakota), Kirby, McKellar, Overman, Reed, Robinson, Sheppard, Shields, Simmons, Smith (Süd-Carolina), Stanley, Swanson, Thomas, Underwood und Williams.—23.

Total gegen die Ratifikation—35.

Die Resolution des Senators Lodge, den Vertrag an den Präsidenten zurückzusenden, wurde schnell angenommen. Sechs Demokraten stimmten dafür. Von demokratischer Seite wurde beantragt, die Abstimmung über den Vertrag in Wiedererwägung zu ziehen, damit der Senat eine Gelegenheit haben würde, „abzukühlen." Die „milden Einwändler" standen darin den Demokraten bei, als aber die Führer der Einwändler und der Unversöhnlichen erklärten, daß die zweite Abstimmung sofort stattfinden müsse, entschieden die Demokraten, daß sie keine zweite Abstimmung wünschten.

Knox beantragt Friedensschluß.

Unmittelbar vor der Vertagung des Senats brachte Senator Knox seine Resolution auf einen Friedensschluß ein. Die Beratung über dieselbe wurde auf Montag angesetzt, und die republikanischen Führer hegen keinen Zweifel an der Annahme derselben oder einer ähnlichen Maßregel. Der Präsident hat seine Abneigung gegen solches Verfahren kundgegeben, und die Senatoren sind im Zweifel darüber, ob sie bei einer Wiederabstimmung die nötige Zweidrittelmehrheit zu einer Annahme des Friedensbeschlusses über den Kopf des Präsidenten weg zusammenbringen können. Die schon im Dezember eingereichte Knox Resolution bestimmt die Erklärung des Friedenszustandes zwischen den Ver. Staaten und Deutschland, die Beibehaltung gewisser Einräumungen Deutschlands unter dem Vertrag von Versailles und drückt die Hoffnung aus, daß ein Tribunal zur Schlichtung internationaler Zwistigkeiten erschaffen werde.

Wood hat 11 Delegaten von Minnesota

St. Paul, Minn., 20. März.—Minnesota hat 11 republikanische Delegaten erwählt, die unter Instruktionen sind, für General Wood als Präsidentschaftskandidaten auf der republikanischen Nationalkonvention zu stimmen, während 9 Delegaten uninstruiert sind. In allen 10 Kongreßdistrikten des Staates sind die Delegaten ernannt worden.

Schauerleute am Golf streiken.

Galveston, Tex., 20. März. — Hier sind 1600 Schauerleute der Morgan und Mallory Linie aus Sympathie mit den Streikern in New York an den Streik gegangen.

Wetterbericht

Für Omaha und Umgegend — Schöne heute abend und Sonntag; etwas wärmer heute abend.

Für Nebraska—Schön heute nacht und Sonntag, mit steigender Temperatur.

Der Sprecher der New Yorker Staatsgesetzgebung, der jüngst soviel genannte Herr Sweet, hat sich seine Wahl rund $30,000 kosten lassen. Der Posten bringt $1500. Es müssen also wohl ganz besondere Gründe gewesen sein, die Herrn Sweet veranlaßt haben, sich in solche Unkosten zu stürzen. Umsonst pflegen unsere Politiker nichts zu tun.

— Es bezahlt sich, in den „Klassifizierten Anzeigen" der Tribüne zu annoncieren.